

Kleine Anfrage 1424

der Abgeordneten Iris Schülzke
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

Finanzielle Ausgestaltung der Verwaltungsstrukturreform

Nach dem Reformkongress in Cottbus am 16.01.2016 sind viele neue Fragen aufgetaucht, die sich allerdings für die Kommunen als bisher nicht beantwortet, wiederholen. Viele der Eingeladenen hatten erwartet, dass es eine Auswertung der 19 Leitbildkonferenzen und konkrete Schlussfolgerungen gibt, diese wurden vermisst, ebenso wie die Reform umgesetzt werden soll. Es wurde erklärt, dass die Landesregierung eine kostendeckende Finanzierung sicherstellt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Kosten werden für die Reform notwendig und welche Summen sollen aus dem allgemeinen Finanzausgleich dafür verwendet werden? (Bitte für die nächsten 5 Jahre darstellen)
2. Welche Summen werden für die Ablösung von Kassenkrediten in Städten, Gemeinden und Landkreisen eingeplant, sind diese Finanzmittel auch als Kosten für die Reform eingeplant? (Bitte einzeln auflisten!)
3. Strukturschwache Gemeinden werden einerseits auf Hilfen durch den Ausgleichsfonds verwiesen, andererseits berichten die Gemeinden, dass ihre Anträge (so ein Schreiben aus dem MIK) aus den Jahren 2014 und 2015 zurückgezogen werden sollen, weil eine neue Richtlinie in Erarbeitung ist. Welche Gemeinden haben seit 2014 finanzielle Unterstützung aus dem Ausgleichsfonds erhalten und wofür? (Bitte auflisten! — Die Antworten aus der KA 1170 wurden bei der Aufstellung dieser KA berücksichtigt.)
4. Von welchen Gemeinden liegen seit 2014 Anträge für den Ausgleichsfonds vor, in welcher Höhe und für welche Maßnahmen, insbesondere für Pflichtaufgaben wie technische Infrastruktur (Straßen, Brücken, Schulgebäude, Kindereinrichtungen usw.), deren Anträge bisher nicht bewilligt oder abgelehnt wurden? (Bitte auflisten!)
5. Wie viele Anträge wurden entsprechend der Aufforderung durch das MIK zurückgezogen und wann können die Gemeinden mit der neuen angekündigten Richtlinie rechnen? (Hier ist nicht die finanzielle Verwendung durch das Kommunalinvestitionsgesetz mit Bundesmitteln gemeint, auch nicht das Kommunalinvestitionsprogramm des Landes, diese Mittel haben die Gemeinden nach ihren Aussagen in anderen/weiteren pflichtigen Vorhaben vorgesehen.)

Datum des Eingangs: 03.02.2016 / Ausgegeben: 04.02.2016

6. Welche Kosten werden für die Zusammenführung von Landkreisen und Gemeinden eingeplant, werden Pauschalsummen je Zusammenschluss geplant und wie werden die Zuschusskriterien ausgestaltet sein? (Bitte im Detail erläutern!)
7. Während des Reformkongresses gab es in den Gesprächsrunden Diskussionen mit den Impulsreferenten, so auch mit Frau Prof. Dr. F.. Fragen zur zukünftigen Kosteneinsparung und wo diese zu erwarten seien, erläuterte sie mit Rückbau von Kläranlagen, Rückbau von Straßen und Gehwegen usw. (besonders im ländlichen Raum), mit diesen Einsparungen könnten dann die Kostensteigerungen der Ausgaben eingedämmt werden. Welche Maßnahmen des Rückbaus plant die Landesregierung, welche Gespräche werden dazu in den betroffenen Kommunen und den Spitzenverbänden geführt und welche Standardänderungen sind für Neuinvestitionen in Vorbereitung, um diese Kosten überhaupt und zukünftig zu vermeiden? (Bitte auflisten!)
8. Im Rahmen der sich ständig weiterentwickelnden Bürokratie ist im Bereich der Pflichtaufgaben nicht mit Einsparungen von Personal zu rechnen, eingeschätzt wird, dass die Personalkosten durch Tarifsteigerungen und höhere Qualifikationsanforderungen weiter rasant steigen. Welche Berechnungen und Schätzungen liegen hierfür vor und wie hoch werden die geschätzten Einsparungen im Ergebnis der 7. Frage sein?
9. Bei den Leitbildkonferenzen wurde dargestellt, dass einwohnerstärkere Landkreise weniger Personal je Einwohner vorweisen? Die Kommunen verweisen jedoch auf unterschiedlich hohe Transferleistungen an verschiedene Träger, die verschiedenste Aufgaben übernommen haben. Wie hoch sind die Transferleistungen an andere Träger in den einzelnen Landkreisen für kommunale Aufgaben und welche Aufgaben umfassen diese?
10. In der KA 1254 informieren Sie, dass die Hauptansatzstaffel für einzukreisende Städte, die auch Oberzentrum bleiben, finanzwissenschaftlich zu untersuchen sein wird, wenn die zukünftigen Gebietsstrukturen feststehen. Wenn es für die zu erwartenden Kosten bisher keine Prognose gibt, wie ist es dann möglich, Kosteneinsparungen durch eine Einkreisung in Aussicht zu stellen? (Bitte ausführlich erläutern, wie die Kosteneinsparungen in den Oberzentren erwirtschaftet werden sollen!)
11. In der KA 1254 sind 3 Anlagen mit insgesamt 20 Seiten der verschiedensten Zuwendungen für die Stadt Cottbus zusammengefasst. Ich gehe davon aus, dass dieses Fördersystem für alle Kommunen gleichförmig gilt. Dazu ist ein sehr aufwändiger Personal- und Verwaltungsaufwand erforderlich. In Baden-Württemberg wird der Aufwand für das Fördersystem mit ca. 35% im Durchschnitt der zu fördernden Kosten auf der Seite des Landes eingeschätzt. Wie hoch wird der personelle Aufwand in den Kommunen in Brandenburg eingeschätzt, diese sind neben der Antragstellung und Begründung auch für die ordnungsgemäße Umsetzung bzw. Bauausführung und Verwendungsnachweisführung zuständig?
12. Welche Initiativen und Vorhaben gibt es, diesen personellen und verwaltungstechnischen Aufwand zu reduzieren?